

[HNA.de auf dem Handy ansehen](#)

[iPhone-App herunterladen](#)

Schulticket: Linke fordert Arbeitsförderung auf, Fahrtkosten zu übernehmen

Kassel. Nach Stellungnahmen von SPD und Grünen äußern sich auch FDP und Linkspartei zum Problem, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien die Fahrtkosten zur weiterführenden Schule nicht erstattet bekommen.

Während Sozialdemokraten und Grüne das Land Hessen in die Pflicht nehmen, hier für Abhilfe zu sorgen, verweist Kai Boeddinghaus, Oberbürgermeister-Kandidat der Kasseler Linken.ASG, auf die vorliegenden Gerichtsentscheidungen: Sie verpflichteten die kommunalen Sozialbehörden zur Fahrtkostenübernahme. Er fordert daher die Arbeitsförderung der Stadt Kassel (AFK) auf, bis auf Weiteres in solchen Fällen regelhaft die Fahrtkosten zu übernehmen. „Der Verweis auf die rechtliche Zuständigkeit von Land und Bund hilft den betroffenen Familien nicht“, sagt Boeddinghaus.

Mit den - wenn auch vorläufigen - Urteilen im Rücken riskiere die Stadt überhaupt nichts. Sie könne sich bei ihrer Entscheidung auf diese sich andeutende Rechtslage und die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung berufen. Es sei Aufgabe des Magistrats, hier den Mitarbeitern der AFK den Rücken für solche Bewilligungen zu stärken, damit die betroffenen Kinder diese notwendige Unterstützung jetzt erhalten, appelliert Boeddinghaus.

Auch die Kreisvorsitzende des FDP-Kreisverbandes Kassel Stadt und Bundestagsabgeordnete, Mechthild Dyckmans, sowie der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Kasseler Rathaus, Frank Oberbrunner, nehmen Stellung zum Problem der Schulfahrkarten. „Um dem drohenden Fachkräftemangel vor Ort vorzubeugen, müssen wir den Schülerinnen und Schülern, die eine weiterführende Schule besuchen wollen, aber nicht über die finanziellen Mittel für ein Ticket verfügen, diese Hürde nehmen.“ Wer in die Bildung junger, motivierter Menschen investiere, sichere die Arbeitsplätze der Zukunft, heißt es in einer Pressemitteilung. (abe)